

Pressekonferenz – Koalition «Hände weg von den Frauenrenten» – 4. Januar 2022 - Michela Bovolenta, Kollektive des Frauen*streiks/feministischen Streiks, Zentralsekretärin VPOD-SSP

«Wir wollen Renten, die uns ein Leben in Würde ermöglichen... Wir lehnen eine Erhöhung des Frauenrentenalters ab...». Dies war einer der 19 Gründe für den feministischen Streik am 14. Juni 2019, der im Manifest festgeschrieben wurde. Ein Streikaufruf, dem mehr als eine halbe Million Frauen, LGBTIQ+-Personen und solidarischer Männer folgten, auf den die Mehrheit des Parlaments jedoch nicht hören wollte. Wie sie auch nicht auf den Aufruf gehört hat, der im letzten Frühjahr von über 300'000 Frauen unterzeichnet wurde, oder auf die 100'000 Personen, die am 14. Juni 2021 überall demonstriert haben, und auf die 15'000, die nach Bern gekommen sind, um erneut gegen die Reform AHV 21 (AVH 21) zu demonstrieren.

Heute möchte ich als Vertreterin der Kollektive des Frauen*streiks/feministischen Streiks und der Gewerkschaft für öffentliche Dienste (VPOD) die Stimme der Hunderttausenden von Frauen und transgender und/oder nicht-binären Personen, die sich gegen eine ungerechte Reform mobilisiert haben, und insbesondere die Stimme der Arbeiternehmerinnen an vorderster Front, darunter sehr viele Migrantinnen ohne Wahlrecht, zum Ausdruck bringen.

AHV 21 verachtet die Arbeiternehmerinnen an vorderster Front, die Berufe ausüben, die für das Funktionieren der Gesellschaft und der Wirtschaft unerlässlich sind. Diese Arbeiternehmerinnen pflegen uns und gefährden dabei ihre eigene Gesundheit. Sie haben anstrengende Arbeitsbedingungen, die sie physisch und psychisch zermürben. Sie leisten die Hausarbeit und betreuen die Kinder dieser bürgerlichen Frauen, die Karriere machen und heute unter Missachtung der elementarsten Solidarität für die Reform AHV 21 mobilisieren und uns von «Gleichstellung» erzählen.

AHV 21 bedeutet länger arbeiten zu müssen, für tiefere Renten. Diese Reform hat jährlich eine Rentenkürzung von etwa 1'200 Franken zur Folge. Unter diesen Umständen wird eine Frühpensionierung im Alter von 64 Jahren zu einem «Luxus», den sich zahlreiche Arbeiternehmerinnen in Zukunft nicht mehr leisten können. Es ist uns jedoch allen klar: je anstrengender und zermürbender eine Arbeit ist, desto tiefer ist der entsprechende Lohn. Ein zusätzliches Arbeitsjahr zu verlangen, ist eine harte, unsoziale und ungerechte Maßnahme. Was wir brauchen, ist eine Reform, die die Renten und nicht das Rentenalter erhöht, eine Reform, die ein egalitäreres, solidarischeres und nachhaltigeres Rentensystem schafft.

AHV 21 bringt 10 Milliarden Franken Einsparungen auf Kosten der Frauen mit sich. Bei einer Umsetzung der Lohngleichheit würde es jedoch den Frauen während ihres gesamten Erwerbslebens nicht nur besser gehen, sie würden auch mehr in die AHV einzahlen, einen jährlichen zusätzlichen Betrag von 825 Millionen Franken, was diese Reform hinfällig machen würde.

AHV 21 verkennt den Wert der unbezahlten Arbeit, die immer noch überwiegend von Frauen geleistet wird. Ein einziges Beispiel reicht aus, um das Ausmaß des Wertes dieser Arbeit aufzuzeigen: Jedes Jahr leisten Großmütter rund 113 Millionen Betreuungsstunden für ihre Enkelkinder, dazu kommen noch die Betreuungsstunden der Großväter. Der Gesamtwert dieser Betreuungsstunden wird vom BFS auf 8 Milliarden Franken pro Jahr geschätzt. Diese unbezahlte Hausarbeit, Erziehungsarbeit oder Leistungen als pflegende Angehörige usw. stellen alles in allem Milliarden von Franken dar, die die Gesellschaft und die Wirtschaft nicht für ihr Funktionieren ausgeben.

AHV 21 ignoriert die Tatsache, dass die Renten von Frauen im Durchschnitt um 37 % niedriger sind als die von Männern. Ein Drittel der Rentnerinnen hat keine 2. Säule und muss von einer kleinen AHV-Rente leben. Es ist kein Zufall, dass die Mehrheit der Bezieher von Ergänzungsleistungen (EL) Frauen sind: 15 % der Rentnerinnen brauchen Ergänzungsleistungen (EL) zum Leben, bei den Männern sind es 10 %.

AHV 21 verschließt die Augen vor der Realität der Langzeitarbeitslosigkeit von Menschen ab 50 Jahren. Von einem skrupellosen Chef abserviert oder durch einen anstrengenden Beruf verschlissen, verlieren viele Arbeiternehmerinnen ihren Job und haben Schwierigkeiten, einen neuen zu finden: Die Quote der unterbeschäftigten oder arbeitslosen Frauen ist doppelt so hoch wie die der Männer. Das Rentenalter zu erhöhen bedeutet, eine Phase der Gebrechlichkeit zu verlängern, während bereits heute die Zahl der SeniorInnen, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen, steigt.

AHV 21 weigert sich, die sozialen Ungleichheiten im Hinblick auf die Lebenserwartung zu sehen. Eine Studie in Frankreich zeigt, dass 60% der Ärmsten mit 80 Jahren bereits verstorben sind, während nur 25% der Reichsten gestorben sind. Die Erhöhung des Rentenalters beraubt die Mehrheit der Arbeitnehmenden der Möglichkeit, von ein paar Jahren im Ruhestand bei guter Gesundheit profitieren zu können. Und wie wir wissen, ist die Erhöhung des Rentenalters für Frauen für die Rechte nur ein Schritt auf dem Weg zur Erhöhung des Rentenalters für alle auf 67 Jahre.

Der Kollektive des Frauen*streiks/feministischen Streiks und der VPOD werden für das Zustandekommen des Referendums mobilisieren und sich für ein Sozialversicherungssystem engagieren, das die Lebensläufe berücksichtigt und den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung gerecht wird: die Schweiz ist ein Land, das die Mittel hat, um würdige Renten zu garantieren.